

Internationale Koordinaten deutscher Zuwanderungs- und Integrationspolitik

**Rede
von Bundesminister
Dr. Wolfgang Schäuble
zur Eröffnung der Fachtagung
„Globale Migration am Beginn des 21. Jahrhunderts: eine Welt ohne Grenzen?“
am 30. Mai in Berlin**

Globalisierung ist ein Prozess immer stärkerer Vernetzung von Menschen und Gesellschaft, Wirtschaft und Institutionen. Und sie wird im Wesentlichen vorangetrieben durch die unglaubliche Entwicklung in den Kommunikationstechnologien, zu denen man nicht nur die Systeme zur Übermittlung von Informationen, sondern auch die Verkehrssysteme rechnen muss. Und sie hat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale, kulturelle und politische Wirkungen in einem Maße, wie wir uns das bei allen Parallelen aus der Geschichte früher nicht vorstellen konnten. Denn das Tempo der Entwicklung und der Veränderungen hat sich dramatisch beschleunigt.

Normalerweise reden wir über Globalisierung im Zusammenhang mit Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Dass uns die Globalisierung sozial betrifft, hat aber auch damit zu tun, dass wir in unseren Wohlstandsgesellschaften viel stärker zur Kenntnis nehmen müssen, was woanders passiert. Wir können ja nicht mehr sagen, wir hätten etwas nicht gewusst. Diese Ausrede hat auch früher nicht weit getragen, sie war aber trotzdem kommod. Heute wissen wir, was in Darfur passiert. Und wer sagt, er hätte es nicht gewusst, der müsste schon beweisen, dass er keinen Fernsehapparat und auch keinen Zugang zu einem solchen gehabt hat, – und glaubwürdig wäre es dann auch nicht.

Dass Globalisierung viel mit Migration zu tun hat, braucht man vor Experten nicht lange auszuführen. Es sind dynamische, sich gegenseitig beeinflussende Prozesse. Die Globalisierung ist die Ursache zunehmender Migration, aber umgekehrt wird die Globalisierung natürlich auch massiv durch Migration vorangetrieben.

Wir haben gerade schon gehört, dass Migration kein neues Phänomen ist. In der neueren Zeit haben wir den größten Migrationsstrom übrigens nicht nach 1987, sondern nach 1945 erlebt. Damals waren an die 15 Millionen Deutsche von Flucht und Vertreibung betroffen, die überwiegend in das Gebiet der späteren Bundesrepublik kamen. Die Geschichte ist voll von Migration. Man kann die Geschichte der Menschheit auch als eine Geschichte von Völkerwanderungen bezeichnen. Und die waren nicht immer friedlich, das sollte man nicht romantisieren. Selbst die alten Römer haben sich nicht nur gefreut, als die Langobarden kamen. Die geschichtliche Erfahrung zeigt also, dass Migration nicht neu ist und dass sie auch Konflikte schafft. Neu sind jedoch Ausmaß und Tempo des weltweiten Wanderungsgeschehens, und stärker als früher findet Migration über enorme kulturelle Trennlinien hinweg statt.

Im März habe ich gemeinsam mit Frau Süssmuth sowie dem Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge den Bericht der Global Commission on International Migration hier in Berlin vorgestellt. Und ich will bei dieser Gelegenheit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen dafür danken, dass sie die Drucklegung und Verbreitung des Berichts in deutscher Sprache übernommen hat.

Wir wissen – das hat die Kommission in ihrem Bericht dargelegt –, dass wir annähernd 200 Millionen Migrantinnen und Migranten haben. Das sind immerhin rund drei Prozent der Weltbevölkerung. Dabei handelt es sich um eine außergewöhnlich vielfältige Gruppe, die von Hochqualifizierten über Fachkräfte bis zu gering qualifizierten Arbeitskräften, von Studenten über Familienangehörige bis hin zu Flüchtlingen reicht. Zuwanderung hat die unterschiedlichsten Gründe und findet auf allen Ebenen der Gesellschaft statt.

Und der Bericht der Kommission sagt daher zu Recht, dass das Thema der internationalen Migration an die Spitze der globalen politischen Agenda getreten ist. Und es ist ein besonderes Verdienst dieses Berichtes, dass er Migration eben nicht nur als Risiko und Bedrohung behandelt, sondern vor allen Dingen auch als Chance begreift.

Die Globalisierung bietet ja enorme wirtschaftliche Chancen – ebenso wie die Migration. Denn die Migration fördert nicht nur einen stärkeren wirtschaftlichen, kulturellen

und wissenschaftlichen Austausch, sondern sie bringt auch einen wichtigen Ressourcentransfer in die Herkunftsländer der Migranten. Der Bericht der Weltkommission geht von etwa 150 Milliarden Dollar aus, die jährlich von Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer transferiert werden. Da muss sich die öffentliche Entwicklungshilfe noch reichlich anstrengen, wenn sie diesen Betrag übertreffen will. Im Augenblick liegen wir weit darunter.

Migration fördert den Transfer von fachlichem Know-how – weswegen übrigens die Global Commission den großen Wert der „circular migration“, also der vorübergehenden Migration, betont. Ich muss dann immer daran denken, dass manche es vor 30 bis 35 Jahren als schweren Verstoß gegen die Grundregeln der politischen Correctness angesehen haben, wenn vom Rotationsprinzip gesprochen wurde. „Circular migration“ ist natürlich auch ein bisschen etwas anderes, aber es hat schon damit zu tun, dass wir Migration nicht so ohne weiteres gleichsetzen dürfen mit Zuwanderung im engeren Sinne des Wortes.

Einen weiteren Vorteil der Migration will ich noch hinzufügen: Migration führt auch dazu, dass wir in allen Teilen unserer Gesellschaft zunehmend begreifen, dass wir in *einer* Welt leben, dass uns das, was anderswo passiert, angeht und dass es uns auch betrifft. Die – gerade in unserer Wohlstandsgesellschaft – nahe liegende Versuchung, nur an unseren kleinen Vorgarten vor der Haustür zu denken und uns für den Rest eigentlich nicht zu interessieren, kann durch Migration wirkungsvoll bekämpft und gebannt werden.

Aber die Migration bietet eben nicht nur Chancen, sondern auch jede Menge Risiken. Das war in der Geschichte so, und es bleibt auch heute und in der Zukunft so. Wenn man irgendein relevantes sicherheitspolitisches Papier liest – beispielsweise den Bericht von Kofi Annan zur Reform der Vereinten Nationen oder die europäische Sicherheitsstrategie –, dann ist in der Aufzählung der großen Bedrohungen und Risiken neben der asymmetrischen Kriegsführung, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und dem ökologischen Problem auch immer die Migration als eines der großen Stabilitätsrisiken erwähnt. Und in den Debatten der 90er Jahre um die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland im zerfallenden Jugoslawien Verantwortung übernehmen muss oder nicht, waren nicht nur die Erinnerung an den Holocaust, son-

dern mindestens genauso die Stabilitätsrisiken durch große Flüchtlingsströme ein wesentliches Argument.

Migration bietet also Chancen und Risiken. Sie ist kein neues Phänomen, aber die Dimension ist größer und das Tempo schneller geworden. Angesichts dieser Dimension ist Migration und der Umgang mit den Chancen und Risiken von Migration auch eine europäische Aufgabe.

Wir haben in der vergangenen Woche auf dem Deutschen Katholikentag über die Erweiterung der Europäischen Union unter dem Stichwort der Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht gesprochen, und da wurde gesagt: Das ist ein wunderbares Thema, denn wenn wir über Gerechtigkeit nachdenken, müssen wir über europäische Verantwortung nachdenken – wir sind ja für den Zustand der Welt mehr verantwortlich als andere, insbesondere in der Gleichzeitigkeit von völlig ungleichen Entwicklungsständen. Und damit Europa seiner Verantwortung gerecht werden kann, brauchen wir ein starkes und handlungsfähiges Europa. Das heißt, dass der europäische Vereinigungsprozess weiter vorangehen muss – nicht nur um unser selbst Willen, sondern weil wir nur so unserer Verantwortung gerecht werden können.

Und außerdem leben wir in einem gemeinsamen europäischen Raum. Ein Kontinent, der seine Binnengrenzen nicht mehr kontrolliert und der politisch-wirtschaftlich immer mehr zusammenwächst, muss natürlich nach außen eine gemeinsame Politik verfolgen. Wir brauchen für viele Fragen europäische Lösungen.

Wir können etwa Kriminalität, die sich mit Migration verbindet und die Migration ausnutzt, nur europäisch bekämpfen. Alle großen Entwicklungen der Menschheit locken immer auch Geschäftemacher an, die sie organisiert und professionell ausnutzen wollen. Das ist organisierte Kriminalität. Das ist in der Drogenproblematik so und bei der Migration mit den Schleuserbanden. Daher müssen wir den Schleuserbanden die Geschäftsgrundlage entziehen. Die Art und Weise, wie im Mittelmeer oder vor den Kanaren Menschen ertrinken, hat mit Migration zu tun. Nach Schätzungen des Roten Kreuzes sind seit dem letzten Herbst mindestens 1200 Menschen bei dem Versuch der Überfahrt ertrunken. Auch da können wir nicht sagen, wir hätten es nicht ge-

wusst. Wir wissen nicht, wie viele es genau sind, aber wir können nicht sagen, wir hätten nicht gewusst, dass es passiert.

Wir wissen, dass es gewissenlose Kriminelle sind, die den Familien ihr Geld abnehmen und versprechen: Irgendwie bringen wir dich vielleicht doch dorthin. Und so lange man Kriminellen eine Geschäftsgrundlage bietet, wird es genügend Verbrecher geben, die mit illegaler Migration ihre Geschäfte machen. Deswegen ist das alte Ringen, ob wir illegale Migranten legalisieren sollen oder nicht, nicht ganz so einfach zu beantworten, wie man es gelegentlich in den Debatten hört. Natürlich ist jeder einzelne ein armer Mensch, dem man sein Mitleid zuwendet und für den man sich verantwortlich fühlt. Aber man muss auch immer bedenken, was es für Folgewirkungen hat. Und deswegen ist es wichtig, dass in den Herkunftsländern die Geschäftsgrundlage für die organisierte Kriminalität der Schleuserbanden nicht dadurch gefördert wird, dass man ihnen das Geschäft zu einfach macht.

Wenn wir Afrika stabilisieren wollen, werden wir die Debatte um militärische Einsätze mit größerer Seriosität führen müssen. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die Menschheit ist, wie sie ist, und mein Optimismus reicht nicht aus, um zu glauben, dass wir die Probleme im Kongo oder in Darfur allein mit Entwicklungspolitik ohne militärische Absicherung von außen in den kommenden Jahren auch nur annähernd lösen werden. Wir müssen diese Woche im Bundestag abstimmen. Und natürlich kann man sagen, dass das ja sowieso nichts bringt. Man müsste eigentlich viel mehr tun. Aber weil wir nicht mehr tun wollen und das Wenige zu wenig ist, machen wir lieber gar nichts. Ich glaube, das reicht nicht. Ich glaube, wir müssen uns ernsthafter fragen – auch im Zusammenhang mit Migration –, was wir tun können, um mehr Stabilität zu erreichen.

Wir brauchen einen kohärenten Ansatz bei der Bekämpfung von Armut und Fluchtursachen in der Welt. Das ist eine europäische Aufgabe. Wir müssen Migrationsfragen in der Entwicklungspolitik stärker berücksichtigen, um Armut und Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu verringern. Schon als ich 1989/90 zum ersten Mal Innenminister war, habe ich unter der Überschrift „Fluchtursachen bekämpfen“ ein Flüchtlingskonzept für die damalige Bundesregierung entwickelt. Denn das ist der eigentliche Schlüssel.

Wir brauchen auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten, um unfreiwillige oder illegale Migration bereits in den Herkunftsländern erfolgreicher zu bekämpfen. Das alles kann die Europäische Union besser leisten als jeder europäische Einzelstaat – bis hin zur Rückkehrförderung, die wir auch gemeinsam besser hinbekommen. Wir erreichen eine Kooperation mit den rücknahmeverpflichteten Ländern umso schneller, je mehr Europa mit einer Stimme spricht.

Es gibt also eine Reihe von Fragen, die wir nur gemeinsam europäisch lösen können. Aber es gibt auch Bereiche, in denen europäische Zuständigkeiten eher hinderlich wären – wie beispielsweise bei der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt oder bei der Integration.

Solange der Arbeitsmarkt nationale Aufgabenverantwortung ist, darf die legale Migration in den Arbeitsmarkt nicht in europäischer Zuständigkeit geregelt werden. Denn wir dürfen die Verantwortung nicht von der Zuständigkeit ablösen. Die Europäische Union kann und wird auf absehbare Zeit die Zuständigkeit für Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nicht übernehmen. Dann muss aber auch die Steuerung der legalen Zuwanderung in den Arbeitsmarkt eine Frage nationaler Zuständigkeit bleiben. Da führen wir eine heftige Auseinandersetzung innerhalb der Europäischen Union, auch in den Reihen der Innenminister. Ich glaube, es ist besser, wenn wir die Zuständigkeit dort lassen, wo auch die Lösungsmöglichkeiten und die Verantwortung sind.

Das Gleiche gilt nach meiner Überzeugung für die Integration. Natürlich gibt es europäische Erfahrungen, die wir austauschen sollten, und wir betreiben auch Benchmarking. Aber die Verantwortung dafür, dass die Migrantinnen und Migranten, die bei uns angekommen sind und dauerhaft bleiben wollen und deren Nachkommen voraussichtlich hier leben werden, sich bei uns auch integrieren, diese Verantwortung können wir nicht auf die europäische Ebene delegieren. Wir müssen diese Verantwortung im Gegenteil stärker in die örtliche und regionale Ebene einbinden. Das ist auch ein Ziel des Integrationsgipfels, den die Bundesregierung durchführen wird. Integration ist ja nicht nur eine Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden, sondern auch eine Aufgabe, bei der die Zivilgesellschaft stärker eingebunden werden muss. Ich bin überzeugt, dass Integration am besten vor Ort und konkret gelingt. Und je

mehr wir die Zuständigkeit auf höhere Ebenen abschieben, umso weniger wird sie am Ende in Tat und Wahrheit gelingen.

Wir bewältigen große Aufgaben besser nach den Regeln des Subsidiaritätsprinzips. Nach meiner Überzeugung hat das viel damit zu tun, dass Nähe und Offenheit keine Gegensätze sind. Gerade in einer Zeit weltweiter Mobilität entwickeln Menschen ein verstärktes Bedürfnis danach zu wissen, wo sie eigentlich herkommen, wo sie hingehören und wo sie zu Hause sind. Und deswegen brauchen wir beides – Nähe und Offenheit – und müssen beides besser miteinander kombinieren.

Wir müssen uns auf nationaler Ebene die Chancen von Migration vor Augen führen und nutzen. So kann Zuwanderung in einem gewissen Umfang dazu beitragen, die Folgen der demographischen Entwicklung zu mindern. Diejenigen, die sich vertieft damit beschäftigen, wissen allerdings auch, dass es eine Illusion wäre zu glauben, Zuwanderung könne unser demographisches Problem wirklich lösen. Wir wissen ja inzwischen auch, dass die demographische Entwicklung nicht nur ein europäisches, sondern zunehmend ein weltweites Problem sein wird – mit einer gewissen Phasenverzögerung. In China haben wir wahrscheinlich ein größeres Alterungsproblem als in Europa, und in Indien nimmt es auch schon erheblich zu. Wir sollten es uns also nicht zu leicht machen. Trotzdem kann Zuwanderung uns auch hier ein Stück weit helfen. Wir können die Chancen der Migration jedoch nur nutzen, wenn uns die Integration gelingt. Und wenn Integration gelingen soll, müssen wir Zuwanderung auch steuern, weil die Aufnahmefähigkeit jeder Gesellschaft wesentlich mit den tatsächlichen Integrationschancen zusammenhängt.

Wir haben Ende der 80er und in den frühen 90er Jahren kräftig gestritten, wie viel Zuwanderung möglich und zu verkraften ist, ob wir Zuwanderung steuern sollen und wie es mit der Integration geht. Ich habe zu denjenigen gehört, die immer gesagt haben: Solange wir ein Mengenproblem haben, das in den Augen der Bevölkerung kaum beherrschbar erscheint, ist die Chance auf zusätzliche gesteuerte Zuwanderung gering. Und wir hatten ein großes Mengenproblem. Man muss sich gelegentlich die Zahlen in Erinnerung rufen. Anfang der 90er Jahre war die Mehrzahl der Turnhallen in Deutschland mit Flüchtlingen und Zuwanderern belegt. Das kann man sich kaum noch vorstellen. Damals kamen jährlich um die 200.000, 300.000 Asylbewer-

ber, in einem Jahr sogar über 400.000. In demselben Zeitraum haben wir in einem vergleichbaren Umfang Aussiedler aufgenommen – ihre Zahl wurde dann jedoch recht schnell auf 220.000 Personen jährlich begrenzt. Es war eine gewaltige Entwicklung. Wir hatten ein großes Problem und wenig Chancen, die Zuwanderung zu steuern. Es gab damals die Forderung, Zuwanderungsquoten einzuführen, – was mich zu der Feststellung veranlasste, dass das keine Lösung sei, solange die Quote Null schon zu hoch ist.

Inzwischen ist das Mengenproblem gelöst. Man muss daher mit der gleichen Klarheit und Entschiedenheit sagen: Wir haben – auch wenn die Wahrnehmung im großen Teil der Öffentlichkeit eine andere ist – im Augenblick kaum Zuwanderung. Wir haben jedenfalls keine Zuwanderung, deren Größenordnung auch nur in Ansätzen Grund zur Sorge wäre.

Im Jahr 2004 sind brutto 780.000 Menschen nach Deutschland gekommen, 2005 waren es ein paar weniger. Gleichzeitig sind aber 698.000 Menschen weggezogen. Die Zahlen variieren ein bisschen danach, wer sie erfasst. Und je genauer Sie nachfragen, umso mehr zerrinnen Ihnen diese absoluten Zahlen wie Sand in den Händen. Es wird dann gesagt: Brutto 700.000 Zuzüge, das ist doch eine Menge – egal wie viele in demselben Jahr gehen. Und die wenigsten sagen laut genug, dass die Mehrzahl der Zuwanderer Saisonarbeitskräfte sind – zum Beispiel Erntehelfer während der Spargelzeit. Und kein Mensch in Deutschland – mit Ausnahme eines Fachmanns für Migration – stellt sich unter Zuwanderung die Erntehelfer vor, die für drei Monate nach Deutschland kommen. Aber das ist der Großteil unserer Zuwanderung. Deswegen müssen wir ein bisschen deutlicher sagen, dass die Zuwanderung weit überwiegend temporär ist und die meisten sogar nur für ein paar Monate als Saisonarbeitskräfte kommen.

Man muss sich also die Zahlen daraufhin anschauen, was wir eigentlich an tatsächlicher, an dauerhafter Zuwanderung haben. Für 2005 konnten wir bisher folgende Zahlen ermitteln: Wir haben zum Zwecke des Familiennachzugs 53.000 Visa erteilt, 2004 waren es noch 66.000. Das ist mit Abstand die größte Gruppe bei der dauerhaften Zuwanderung. Wir hatten 29.000 Asylanträge im vergangenen Jahr. Die wenigsten davon werden anerkannt, aber ein größerer Teil bleibt dann doch für eine

gewisse Zeit in Deutschland. Wir hatten 36.000 Spätaussiedler. Außerdem kamen 6.000 jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen UdSSR. Wir haben etwa 500 Menschen, die als Selbständige eine Aufenthaltserlaubnis bekommen haben – allerdings ist über diese Zahl eine ganz verlässliche Aussage noch nicht möglich. Und wir hatten Arbeitsmigranten mit der Perspektive auf einen Daueraufenthalt in einer Größenordnung von rund 12.000 Personen, wobei es sich hier überwiegend auch um einen zeitlich begrenzten Aufenthalt handelt – etwa von Wissenschaftlern, Fachkräften, Hochqualifizierten und Studienabsolventen; dazu zählen übrigens auch die Spezialitätenköche.

Diese Zahlen zeigen – und jetzt komme ich zu dem Punkt, um den es mir geht: Wir haben mehr eine gefühlte Zuwanderung als eine tatsächliche Zuwanderung. Und das liegt vor allem daran, dass die Kinder oder Enkel der früheren Zuwanderer, die hier geboren und aufgewachsen sind, zum Teil nicht so integriert sind, wie wir uns das vorgestellt haben.

Vor welche Integrationsaufgabe uns die Zuwanderung stellen würde, haben wir lange unterschätzt. Zunächst ging man davon aus, dass die Menschen, die als Arbeitskräfte angeworben und gekommen waren, nicht dauerhaft in Deutschland bleiben würden. Auch sie selbst sind ursprünglich nicht in der Erwartung gekommen, dauerhaft zu bleiben. Ihre Vorstellung war es, erst einmal nach Deutschland zu gehen – alles Weitere würde sich dann zeigen. So waren die Erwartungen in der offenen Gesellschaft. Und später ist man davon ausgegangen, dass es sich mit der Zeit schon irgendwie richten würde, dass sich das Integrationsproblem nach und nach lösen würde – so wie es bei früheren Zuwanderungen der Fall gewesen ist. Es hat sich nicht von alleine gelöst. Und deswegen ist die Integration eine der großen Herausforderungen unserer Gesellschaft, auch wenn im Moment gar keine erhebliche Zuwanderung stattfindet.

Ich habe vorhin die Vertriebenen und Flüchtlinge erwähnt, die nach 1945 in das Gebiet der späteren Bundesrepublik gekommen sind. Natürlich waren das andere Probleme und andere Strukturen und ein geringerer Grad von Fremdheit. Dennoch weiß ich – ich bin alt genug und in der Nachkriegszeit aufgewachsen –, wie wir in unseren Kleinstädten im Schwarzwald Flüchtlinge und Vertriebene ziemlich scheel angesehen

haben. So furchtbar viel einfacher hatten es die damaligen Flüchtlinge auch nicht als 20, 30 Jahre später die Italiener oder Türken. Die Tatsache, dass wir diese Integration damals entgegen dem Kalkül von Stalin geschafft haben, sollte uns Mut geben, nicht vor der heutigen Aufgabe zu resignieren.

Es ist zu packen. Aber wir müssen es besser machen. Und dabei spielt die Sprache eine wichtige Rolle. Umgekehrt müssen wir uns allerdings auch bewusst sein, dass die Sprache allein nicht reicht. Das zeigt das Beispiel Frankreich. Die Franzosen haben ähnliche Probleme wie wir. Obwohl dort alle – auch die Migranten – französisch sprechen, funktioniert die Integration nicht besser als bei uns. Sprache ist also eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung für Integration.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen: In der Asyldebatte Anfang der 90er Jahre kamen gelegentlich amerikanische Delegationen – insbesondere aus der jüdischen Community – einigermaßen besorgt zu mir, weil sie der innerdeutschen Debatte entnommen hatten, dass die Deutschen jetzt wieder ausländerfeindlich wären – schließlich wollten sie das Asylrecht ändern. Und sie haben mich dann immer gefragt, ob das tatsächlich so wäre, woraufhin ich zurückgefragt habe, ob sie eigentlich die Verhältnisse in Amerika kennen würden. Das war wohlgemerkt nicht zu Zeiten von Georg W. Bush, sondern von William Clinton. Die Verhältnisse an der amerikanisch-mexikanischen Grenze waren damals schon so, dass die Zuwanderung nach Amerika – jedenfalls die statistisch erfasste – in absoluten Zahlen niedriger als die nach Deutschland war, obwohl die Bevölkerung und das Territorium Amerikas ein bisschen größer sind. Wenn man das gesagt hat, sind die meisten etwas zurückhaltender geworden in ihrer Kritik unserer Bemühungen, das Mengenproblem so zu steuern, dass es einigermaßen tragbar würde.

Wenn die Integration gelingen soll, müssen wir den Menschen mit Migrationshintergrund klar machen, dass sie bei uns willkommen sind. Und wir, die wir keinen Migrations- oder aber nur einen länger zurückliegenden Migrationshintergrund haben, müssen uns klar machen, dass Migration ebenso wenig wie Globalisierung eine Bedrohung, sondern dass sie eine Bereicherung ist. Das ist die erste Voraussetzung, damit Integration gelingt. Deswegen werbe ich auch dafür, die in einer Demokratie notwendigen politischen Debatten in einer solchen Tonart zu führen, dass wir gegen-

über den Menschen, die hierher gekommen sind, nicht das Signal aussenden: Die wollen uns nicht, die streiten darüber, wie sie uns loswerden. Damit wäre nämlich die erste Voraussetzung für eine gelungene Integration schon beseitigt.

Umgekehrt müssen die Menschen, die zugewandert sind, hier heimisch werden wollen, wenn sie hier auf Dauer leben wollen. Die Vereinigten Staaten von Amerika können den Weg in Parallelgesellschaften vielleicht etwas besser ertragen. Sie haben damit zum Teil auch Probleme, sie sind aber viel größer und viel mobiler in ihrem Land. Wir in Deutschland würden Schiffbruch leiden, wenn wir uns in Parallelgesellschaften auflösen, die nicht miteinander kommunizieren. Deswegen müssen wir denjenigen, die hierher kommen, sagen, dass ihre Bereitschaft zur Integration notwendig ist.

Ich habe für diesen September zu einer Islamkonferenz eingeladen. Ich bin ja als Innenminister für die Beziehungen zu den Religionsgemeinschaften zuständig. Und es gibt zurzeit etwa 3,5 Millionen Menschen islamischer Religion in Deutschland. In Deutschland leben also nicht nur Protestanten, Katholiken, Juden und Atheisten, sondern auch Muslime. Sie sind ein Teil der deutschen und auch der europäischen Gesellschaft. Und sie werden es in der Zukunft eher mehr als weniger sein. Also müssen wir nicht nur mit der Katholischen Kirche, mit der Evangelischen Kirche und mit der jüdischen Gemeinschaft, sondern auch mit den Muslimen in geregelte, institutionalisierte Beziehung und Kommunikation kommen.

Das ist mit den Muslimen schwieriger, weil sie nicht als öffentlich-rechtliche Körperschaft organisiert sind. Ich kann es aber nicht meinem Kollegen Nicolas Sarkozy nachtun, der gesagt hat: Ich organisiere das. Ich regle die Wahl von Vertretern und berufe eine nationale Muslimkonferenz ein. Dann habe ich einen Islamrat, dem ich erkläre, wie man den Islamunterricht in Frankreich organisiert. Das geht in Deutschland nicht. Also versuche ich den komplizierteren Weg eines institutionalisierten Dialogs mit möglichst vielen Vertretern, aus denen allmählich – das gibt es ja heute nicht – eine repräsentative Organisation für die muslimische Gemeinschaft erwächst.

Wir müssen diesen Weg gehen, damit wir einen Partner haben, um bestimmte Fragen besprechen und regeln zu können, aber natürlich auch um zu vermitteln, dass

Muslime, die hier leben wollen, wissen und anerkennen müssen, dass die Scharia mit unserem Grundgesetz, mit europäischer Zivilisation, Kultur, Tradition und Geschichte nicht zu vereinbaren ist und dass man die Aufklärung in jeder Religion ein Stück weit leisten muss. Bei manchen Muslimen muss ein stärkeres Verständnis für die Gleichberechtigung aller Menschen wachsen – und zwar nicht nur unabhängig von der Hautfarbe, sondern auch unabhängig vom Geschlecht – und ebenso für die Trennung von staatlicher und religiöser Ordnung. Das sind Dinge, die wir machen müssen, damit die Integration gelingt, und an denen wir arbeiten, an denen die ganze Bundesregierung arbeitet, an denen unsere Gesellschaft insgesamt sich bewähren muss.

Ich sage noch einmal: Ich bin davon überzeugt, dass Migration so wenig wie Globalisierung eine Bedrohung ist. Sie enthält Probleme, sie enthält Risiken, und sie enthält enorme Ordnungsaufgaben. Aber sie ist eben nicht in erster Linie Bedrohung, sondern Chance, Bereicherung und Gestaltungsaufgabe – so wie das ganze Leben: Wer sich von morgens bis abends nur darüber grämt, welche Risiken das Leben birgt, versteht es nicht, die Chance zu nutzen, die ihm das Leben bietet. So ist es auch mit der Migration und mit der Globalisierung.